

1 Die Rahmenbedingungen der Afrikapolitik der DDR

1.1 Das Ringen um internationale Anerkennung

Um die Besonderheiten und den Stellenwert der Beziehungen der DDR zu afrikanischen Staaten verstehen zu können, ist es unbedingt notwendig, die Jahrzehnte von der Gründung der DDR bis zu ihrer internationalen Anerkennung in die Betrachtungen mit einzubeziehen.

Als das zentrale Trauma der Partei- und Staatsführung der DDR in der ersten Hälfte ihres Bestehens muß das Ausbleiben der politischen Anerkennung des ersten deutschen »Arbeiter- und Bauernstaates« durch die internationale Öffentlichkeit angesehen werden. Die Nichtanerkennung als Legitimationsverweigerung bis in die erste Hälfte der 70er Jahre verletzte den Stolz der leitenden Politiker der DDR. Sie sahen sich mit der historischen Rolle der Errichtung und Gestaltung des ersten deutschen »Arbeiter- und Bauernstaates« konfrontiert. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges betrachteten sie sich als legitime Söhne des sozialen Fortschritts. Die territoriale Ausdehnung der Einflußsphäre der Sowjetunion wurde als wichtiger Etappensieg der Arbeiterklasse verstanden. Der Weltkommunismus galt seit den 20er Jahren als endgültiges Ziel und letzter Sieg über den Kapitalismus. Die Westgrenze der DDR wurde als Systemgrenze zwischen Ost und West sowie zwischen »dem« Fortschrittlichen und »dem« Reaktionären erlebt und steigerte das besondere Verantwortungsgefühl und die Empfindlichkeit der SED-Führung. Durch die Existenz zweier deutscher Staaten konnte die DDR ihre Identität nur sehr begrenzt mit nationalen Elementen begründen. Überall, wo sie als deutscher Staat auftrat, war der andere deutsche Staat meist schon präsent. Die Spannung zwischen dem aus der Geschichte abgeleiteten Auftrag, ihre Existenzberechtigung sowie die Stabilität an der Westgrenze der sowjetischen Hemisphäre immer wieder zu beweisen, und der jahrelangen Ignoranz der Weltöffentlichkeit gegenüber dem »Staatsprojekt DDR« war groß.

Schon in den 60er Jahren gab es umfangreiche Bemühungen um staatliche Kontakte zu afrikanischen Staaten. Vor allem in Guinea, Ägypten oder Sansibar sollte die internationale Isolation durchbrochen werden. Aber im Frühjahr 1960 wurde der Botschafter der Republik Guinea aus Ostberlin wieder nach Afrika zurückgerufen. Nach massiven westdeutschen Interventionen und der Androhung, Zahlungen von Entwicklungshilfemitteln einzustellen, sah sich Guinea dazu gezwungen. Der Botschafter hatte sein Entsendungsschreiben als erster Diplomat eines nichtsozialistischen Staates dem Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, erst wenige Wochen zuvor überreicht. Sein Präsident, Sekou Touré, sprach von einem »Mißverständnis«. Diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern gäbe es nicht. Stabiler waren die Beziehungen zum Inselstaat Sansibar, auch wenn die Republik Sansibar nur kurze

Zeit bestand und schnell im Staatenverbund von Tansania aufging. Seit den 60er Jahren weilten Sicherheitsberater auf der Insel.¹ Angesichts der von ihnen angewandten Methoden erwarben sie sich jedoch in ganz Afrika ein eher zweifelhaftes Renommee.² Viele Erfolge waren der DDR in Afrika zu dieser Zeit nicht beschieden, wenn auch größere als in Westeuropa oder Lateinamerika.

Entsprechend der »Hallstein-Doktrin« von 1956 wurde durch die Bundesregierung der Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen proklamiert und speziell in den Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt angewandt. Die Anerkennung der DDR durch »Dritte Staaten« bzw. aktive Beziehungen zur DDR wurden von der Bundesregierung als Vertiefung der Spaltung Deutschlands angesehen und als »unfreundlicher Akt« gewertet. »In einem solchen Fall werde die Bundesregierung ihre Beziehungen zu den betreffenden Staaten einer Überprüfung unterziehen müssen.«³ Die »Hallstein-Doktrin«, gekoppelt an die Gewährung oder den Entzug von Entwicklungshilfemaßnahmen bzw. geförderter oder behinderter wirtschaftlicher Zusammenarbeit durch die Bundesregierung, erfüllte ihre Funktion bis Ende der 60er Jahre. Der Handlungsspielraum der unlängst politisch unabhängig gewordenen Staaten war gering. Nicht selten hingen an der Gewährung oder der Verweigerung eines Kredites die Existenz des Regimes und die Karriere von Mitgliedern des Kabinetts.

Mit der Unterzeichnung des »Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik« am 21. Dezember 1972 und der Mitgliedschaft beider deutscher Staaten in den Vereinten Nationen setzte prompt eine Welle der Anerkennung der DDR ein. Die Phase der Zurücksetzung und Demütigung war beendet. Die »Hallstein-Doktrin« verlor mit dem veränderten internationalen Klima und der Politik der Regierung unter Willy Brandt an Sinn und Bedeutung. Eine abgeschwächte Fortsetzung erfuhr sie allerdings durch die Aufnahme der »Berlin-Klausel« in die Lomé-Abkommen der Europäischen Gemeinschaft. Fünf afrikanische Länder: Mosambik, Äthiopien, Angola, São Tomé und Príncipe sowie Guinea-Bissau⁴ lehnten diese Klausel aus Verbundenheit mit der DDR noch bis Anfang der 80er Jahre ab.

1 Vgl. Wolf, Markus: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen. München 1998, S. 361f.

2 Kühne, Winrich: Die Politik der Sowjetunion in Afrika – Bedingungen und Dynamik ihres ideologischen, ökonomischen und militärischen Engagements. Baden-Baden 1983, S. 81 (im folgenden: Kühne: Die Politik der Sowjetunion in Afrika).

3 Außenminister Heinrich von Brentano vor dem Deutschen Bundestag am 28.6.1956. Zit. nach: Spanger, Hans-Joachim; Brock, Lothar: Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungshilfe der DDR – eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland? Opladen 1987, S. 287 (im folgenden: Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten).

4 Heyden, Ulrich van der; Schleicher, Hans-Georg; Schleicher, Ilona: Die DDR und Afrika zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Hamburg 1993, S. 27 (im folgenden: Heyden/Schleicher/Schleicher: Die DDR und Afrika).

Die »Hallstein-Doktrin« behinderte die DDR in Afrika massiv⁵ und verletzte sie an ihrer empfindlichsten Stelle, der staatlichen Souveränität und völkerrechtlichen Legitimation. Hinzu kam, daß ein Land mit staatlichem Außenhandelsmonopol für seinen Handel besonders dringend anerkannte und vertraglich geregelte Beziehungen benötigte.

Mit der 1973/74 erfolgten weltweiten Anerkennung, einschließlich der UN-Mitgliedschaft, wurde die DDR in die internationale Staatengemeinschaft aufgenommen. Sie galt durchaus als Sieger in diesem diplomatischen deutsch-deutschen Kampf der zurückliegenden Jahrzehnte. Damit hatte die kleine DDR der weitaus mächtigeren Bundesrepublik eine Niederlage bereitet.

Aktiv versuchte sie, ihre Rolle an der Seite der Warschauer-Vertragsstaaten in den Vereinten Nationen wahrzunehmen und dort die jungen Nationalstaaten und Entwicklungsländer im Rahmen ihrer Außenpolitik proklamatorisch zu unterstützen. Besonders hervorzuheben ist ihr Auftreten gegen das rassistische Apartheid-Regime in der Republik Südafrika. Diese eindeutige Haltung der DDR schuf eine der Grundlagen für das hohe Ansehen der DDR-Führung bei vielen Entwicklungsländern Mitte der 70er Jahre.

1.2 Politische Veränderungen in den 70er Jahren

Mit dem Abkommen über einen Waffenstillstand im Vietnam-Krieg im Januar 1973 und dem Abzug der letzten amerikanischen Soldaten im März des gleichen Jahres gestanden die USA ihre Niederlage im Vietnam-Krieg ein. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren bezwungen worden. Ihr Anspruch auf Weltführung war erschüttert. Dieses Ereignis wurde als internationaler Sieg der progressiven Welt gefeiert. Die vietnamesische Bevölkerung hatte in den zurückliegenden Jahren in weiten Teilen der Welt materielle und moralische Unterstützung erhalten. Der Ausgang des fernöstlichen Kampfes David gegen Goliath beflügelte die Wünsche nach sozialer Gerechtigkeit. Das tapfere und aufopferungsvolle Kämpfen der Menschen in Vietnam wurde als Ermutigung verstanden. Antiimperialistische Solidarität stand in nicht wenigen Kreisen hoch im Kurs. Die Studenten in westlichen Großstädten erschütterten mit ihren Aktionen und Forderungen die kapitalistischen Gesellschaftsgebäude. In der Weltpolitik gab es Hoffnung auf Veränderung. Die Kräfte verschoben sich. Das stärkte der DDR den Rücken.

5 So hatte die DDR 1974 nur 21 Handelsabkommen und 27 Abkommen über ökonomische bzw. wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern abgeschlossen. Vgl. Clausnitzer, Friedrich: Prinzip und Praxis der Außenhandelspolitik der DDR gegenüber Entwicklungsländern. In: Asien, Afrika, Lateinamerika (im folgenden: aala) 5/1984, S. 701ff.

1984 waren es 67 Handelsabkommen und 55 Abkommen über ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Vgl. Scharschmidt, Gerhard: Wirtschaftliche Zusammenarbeit DDR – Entwicklungsländer. In: Außenpolitische Korrespondenz 31/1984, S. 243ff.

Ebenfalls prägend war in der ersten Hälfte der 70er Jahre für die westeuropäische Linke, aber noch spürbarer für einige afrikanische Entwicklungsländer, die April- oder Nelken-Revolution in Portugal, bei der das alte Militärregime durch programmatisch eher demokratisch-sozialistisch ausgerichtete Offiziere entmachtet wurde. Ein NATO-Staat erlebte eine Wende. Dieser Machtwechsel vom 25. April 1974 war nicht zuletzt auf die Erfolge der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien zurückzuführen. Vor allem die Zustände in den Kolonien Portugals bewirkten diesen Putsch. Vierzig Prozent des portugiesischen Nationalhaushaltes flossen in die Überseegebiete. Allerdings weniger um diese zu »entwickeln«, als vielmehr, um sie für die vom Kolonialismus profitierende portugiesische Oberschicht gegen den wachsenden Einfluß der Befreiungsbewegungen zu verteidigen, die weitgehend von der einheimischen Bevölkerung getragen wurden. Der größte Teil der portugiesischen Streitkräfte war in Afrika stationiert. Dort starben die jungen Soldaten. Die entscheidende Persönlichkeit des Jahres 1974, der Anführer der »Bewegung der Streitkräfte« (Movimenta das Forças Armadas, MFA), General António de Spínola, faßte während seines militärischen Einsatzes in Afrika den Entschluß zum Sturz des seit den 30er Jahren regierenden Diktators António Oliveira de Salazar. Auf der euphorisch gefeierten 1. Mai-Kundgebung 1974 in Lissabon – dem gesamten Putsch fielen nur vier Menschen zum Opfer – skandierten Hunderttausende als Hauptlosung: »Kein Soldat mehr für den Kolonialkrieg!«. Die Veränderungen auf dem kleineren Teil der iberischen Halbinsel indes waren einschneidend. Immerhin wurden ohne direkten sowjetischen Einfluß Großbetriebe und Banken verstaatlicht, erhebliche Ländereien enteignet und Genossenschaften sowie Kommunen gegründet.

Die alten Herrschaften verloren ihr Überseegebiet, das ein Vielfaches der Ausdehnung des »Mutterlandes« umspannte und als wichtigste äußere Stütze ihrer Herrschaft galt. Die neue Regierung beschloß in Lissabon am 8. September 1974, die früheren Kolonien, unter ihnen Mosambik, zum 25. Juni 1975 in die Unabhängigkeit zu entlassen. Die Befreiungsbewegung Mosambiks, die FRELIMO, wurde als Konsequenz dieser Entwicklung – auch von den Vereinten Nationen – als legitime Vertretung des mosambikanischen Volkes anerkannt. Nach und nach wurden ihr bis zur formalen Unabhängigkeit Machtfunktionen, so sie über diese in befreiten Gebieten nicht schon verfügte, abgetreten. Mit Angola, São Tomé und Príncipe wurden weitere Länder unabhängig und das letzte europäische Kolonialsystem in Afrika erstaunlich geräuschlos aufgelöst. Ein letzter großer Antagonismus war beseitigt.

In der gleichen Woche, am 12. September 1974 – unabhängig von den portugiesischen Vorgängen –, wurde in Äthiopien Kaiser Haile Selassie vom »Komitee der Streitkräfte« entmachtet. Zuvor hatte es Unruhen im ganzen Land gegeben.

Am 1. August 1975 unterzeichneten in Helsinki 33 Staatsoberhäupter die Vereinbarungen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, trat gleichberechtigt mit Bundeskanzler Helmut Schmidt auf. Der durch die Niederlage von Hitlerdeutschland entstandene »erste Arbeiter- und Bauernstaat

deutscher Nation« hatte eine weitere Bestätigung seiner historischen Mission erhalten. Er war nun endgültig akzeptierter Bestandteil der europäischen Nachkriegsordnung.

Bis Ende der 60er Jahre konnte man das internationale System als asymmetrische Bipolarität zwischen der »westlichen Hemisphäre«, an der Spitze die Führungsmacht USA, und der »östlichen« Hemisphäre mit der Führungsmacht UdSSR beschreiben. Die Asymmetrie beruhte auf dem wirtschaftlichen und militärischen Vorsprung vor allem der USA. Dieser Zustand blieb trotz einer Vielzahl von Konfrontationen »kalter Krieg« und wurde kein »heißer«. Spätestens mit Beginn der 70er Jahre konnte von einer gewissen strategischen Symmetrie zwischen den territorial und ideologisch eher geschlossenen Blöcken gesprochen werden. 1972 wurden zwischen den USA und der Sowjetunion die »Basic Principles« zum Verständnis globaler Entspannung unterzeichnet. In Ziffer zwei heißt es da:

»Die USA und die UdSSR legen größten Wert darauf, das Entstehen von Situationen zu vermeiden, die zu einer gefährlichen Verschlechterung ihrer Beziehungen führen könnten. Sie werden daher ihr Äußerstes tun, um militärische Konfrontationen zu vermeiden und den Ausbruch eines Nuclearkrieges zu verhindern. Sie werden in ihren gegenseitigen Beziehungen stets Zurückhaltung üben, und sie werden bereit sein, zu verhandeln und Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. Gespräche und Verhandlungen über offenstehende Fragen werden in einem Geist der Gegenseitigkeit, des beiderseitigen Entgegenkommens und des beiderseitigen Vorteils geführt werden.«⁶

Anfang der 70er Jahre hatten die Warschauer Vertragsstaaten unter Führung der Sowjetunion militärtechnische Nachteile ausgeglichen, in der noch von den Massengütern der Montan- und Zementindustrie bestimmten Wirtschaft aufgeholt, mehrere Kosmonauten erfolgreich in eine Erdumlaufbahn geschossen, hervorragende Gewichtheber und Bodenturnerinnen hervorgebracht und weltpolitisch durch die Bildung junger Nationalstaaten gewonnen.

Bei allen Unterschieden bildete sich eine partielle Interessenidentität der beiden Großmächte zur Vermeidung eines Atomkrieges heraus. Die USA mußten dies anerkennen. Die Sowjetunion mußte, um militärisch mitreden zu können, einen Großteil der zivilen Leistungen und Arbeitsergebnisse in die auch ohne Krieg »tödliche« Rüstungsindustrie stecken. Rüstungskontrolle und Entspannungspolitik wurden Begriffe für eine ansatzweise kooperative Bipolarität, die u. a. im KSZE-Prozeß einen Ausdruck fand. Eine andere Form der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit zwischen Staaten und verschiedenen gesellschaftlichen bzw. ordnungspolitischen Systemen bahnte sich somit den Weg und sollte zu einer weniger konfliktbeladenen Lage in Europa führen. Der Wettbewerb verlagerte sich von der quantitativen Wirtschaftsstatistik und den Medaillenspiegeln hin zum Vergleich von Produkten in der Wirtschaftskooperation und im Handel. Über die Qualität ihrer Produkte und die damit erzielten Preise wurde die Weltmarktfähigkeit des soziali-

6 Kühne: Die Politik der Sowjetunion in Afrika, S. 126.

stischen Wirtschafts-, Planungs- und Motivationssystems auf die Probe gestellt. In der Kopplung von wirtschaftlicher Kooperation und Anerkennung ziviler Menschenrechte waren die Staaten Osteuropas durch den Abschluß des KSZE-Abkommens mit einer neuen Herausforderung konfrontiert. Die erfahrene Anerkennung der DDR und der Nimbus eines potenten europäischen Industriestaates gingen einher mit der Infragestellung ihres innenpolitischen Systems. Es sollte nur eine kurze Zeit – weniger als die Dauer eines Grundwehrdienstes bei der Nationalen Volksarmee – vergehen, bis massive Risse im inneren Gefüge der DDR sichtbar wurden.

Weite Teile der DDR-Bevölkerung begrüßten die Aufhebung der internationalen Isolation der DDR. Der Raum hinter der Mauer schien sich zu weiten. Wenige Bürger in der DDR forderten die Aufhebung der Isolation auch in zivilen und privaten Bereichen. Es war das halbe Jahrzehnt nach dem VIII. Parteitag mit der vollständigen Machtübernahme durch Erich Honecker. Es war die Zeit der Welfestspiele in Ostberlin und der ständigen Gelegenheit, die Nationalhymne der DDR auf internationalen Sportplätzen klingen zu hören, die Stunden des »Kessel Buntes«, der legendären Samstagabendshow im DDR-Fernsehen mit ihren Weststars und der ersten Jeans in den HO-Geschäften. Die langen Haare der jungen Männer gaben kaum noch Anlaß für Repressalien in den Schulen.

Vor diesem Hintergrund wuchsen die Voraussetzungen für eine erweiterte Südpolitik der DDR. Der souveräne Staat putzte sich heraus. Das Bild des grauen Mauer- und Lauerstaates verblich teilweise. Durch die Beziehungen zu den Befreiungsbewegungen verfügte die SED über gute Kontakte zu einigen Führungskräften in den jungen Nationalstaaten. Die westlichen Gesellschaftssysteme galten bei den neuen politischen Eliten als weithin verbraucht und stellten keine eindeutige Alternative dar. Zu lange wurde das Regime des Rassismus in Südafrika in die eigenen Konzepte und Interessen eingebunden, toleriert und gestützt. Der NATO-Staat Portugal wurde vor 1974 wegen seiner Politik in Afrika und seiner faschistischen Vergangenheit von den eigenen Verbündeten nur in Ausnahmefällen kritisiert. Der westliche Kapitalismus wurde als wenig entwicklungs- und zukunftsfähig angesehen.

Die sozialistischen Staaten galten – mitten in der Ost-West-Auseinandersetzung – den Führungskräften nicht weniger Entwicklungsländer als der verlässlichere, zukunftsweisendere und solidarischere Pol. Um 1975 konnten einige afrikanische Länder bereits auf ein Dutzend Jahre politischer Unabhängigkeit zurückblicken. Der auf Basis der westlichen Modelle erreichte Fortschritt überzeugte nicht. Die in Afrika und im Ostblock vorherrschenden bzw. angestrebten Einparteiensysteme förderten die Beziehungen und erleichterten den sozialistischen Partei- und Staatsapparaten den Einstieg.

Zudem waren die Ansprechpartner für wirtschaftliche Fragen in Staatshandelsländern für die neuen Führungsschichten klarer zu erkennen als in westlichen Ländern. Auf beiden Seiten, bei den neuen Entwicklungsländern wie bei den östlichen Industriestaaten, gab es staatliche statt privatwirtschaftlicher Strukturen. Durch »revolutionäres« Herangehen auf beiden Seiten konnte in den ersten Jahren der jungen Nationalstaaten viel bewegt werden.

Die Angebote der sozialistischen Länder gegenüber den ausgewählten Staaten, besonders die Staats-, Sicherheits- und Militärapparate zu unterstützen, trafen auf Interesse bei den aus dem Widerstand kommenden neuen Führungen. In diesen Strukturen kannten sie sich aus. Diese Art der Unterstützung gab vor, die Unsicherheit der neuen Machthaber im Hinblick auf ihre Verankerung in der Bevölkerung zu verringern. Bei den oft erst nach der Unabhängigkeit ausgefochtenen Richtungskämpfen entschied gelegentlich der bessere Kontakt zu einem ausländischen Sicherheitsapparat. Der DDR eilte der Ruf eines »schnellen Freundes und Helfers« voraus.

Mit dem Imperialismusbegriff stand den Entwicklungsländern und der Sozialistischen Staatengemeinschaft ein gemeinsames, von außen einigendes Feindbild zur Verfügung. Die Blockadebemühungen westlicher Staaten und Firmen konnten teilweise durch Anstrengungen der sozialistischen Länder ausgeglichen werden, indem Anlagen, Experten und Waffen geschickt wurden. Das Vakuum ausgebliebener Entwicklung verlangte danach, ausgefüllt zu werden.

Ein weiterer Grund zur Anlehnung einiger Entwicklungsländer an die sozialistischen Länder ist in den Mechanismen des Weltmarktes zu sehen. Die politisch Verantwortlichen der unterentwickelten Länder wußten, daß ihre Produkte in diesem scharfen und ungleichen Wettbewerb nicht konkurrenzfähig waren, sie somit nur letzte Plätze in der weltweiten Arbeitsteilung und der damit verbundenen Wertschöpfung einnehmen konnten.

Die Ausstrahlung des besonderen Wirtschaftsgebietes der RGW-Staaten auf einen Teil der Entwicklungsländer war zu diesem Zeitpunkt durchaus verständlich. Mit dem RGW-System⁷, in welchem östliche Industriestaaten und Entwicklungsländer zusammenarbeiteten, gaben die Staatshandelsländer vor, ein weltweites alternatives Wirtschaftssystem außerhalb der Einflußsphäre des US-Dollar aufbauen zu können. Das war attraktiv und schien damals notwendig. Vertreter der neu ausgerufenen Staaten suchten bei ihren Anstrengungen, auch ökonomisch unabhängig zu werden, die Nähe des »Ostens«, wo immer er auch liegen mochte.⁸

Diese Ausstrahlung wurde durch die Propaganda und das geschönt verbreitete Selbstbild der RGW-Staaten, und hier besonders der DDR, verstärkt und mit Hilfe einer Vielzahl von Partei-, Regierungs- und Staatsbesuchen unterstützt. Von den wirtschaftlichen und innenpolitischen Schwierigkeiten der DDR war auch in Afrika wenig bekannt.

Freundschaftliche, gar persönliche Beziehungen zwischen den leitenden Regierungsvertretern kamen zu einer gewissen Verschwörungsmentalität und dem Ringen um das politische Überleben der Führungen auf beiden Seiten hinzu. Anders als parlamentarische Wahlwechsel lassen zentralistische Systeme kaum ein stilvolles Ausscheiden aus der jeweiligen »historischen Mis-

7 Zur Politik anderer sozialistischer Staaten zur »Dritten Welt« vgl. Després, Laure; Fritsche, Klaus; Jung, Lothar u. a.: Osteuropa und die Dritte Welt. Hamburg 1989.

8 Mosambik behielt trotz aller Nähe zu Moskau immer auch Gesprächskontakte zur VR China.

sion« zu, so daß auch erkannte Fehler über lange Zeit nicht berichtigt wurden. Mit Wort, Handschlag und Unterschrift stand man oft noch für Verträge ein, deren Sinn und Inhalt bereits überholt waren.

Mit dem ökonomischen und besonders dem militärischen Engagement der sozialistischen Länder in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, vor allem in Afrika (u. a. 1976 in Angola, im Ogaden-Krieg zwischen Somalia und Äthiopien 1977, die marxistisch-leninistische Ausrichtung der FRELIMO in Mosambik ab Februar 1977, die Befreiung Simbawes), und dem Einmarsch der Militärtruppen der UdSSR am 31. Dezember 1979 in Afghanistan wurde die eben erst erreichte Balance in der Weltpolitik erheblich gefährdet. Die Sowjetunion und einige ihrer Verbündeten agierten mitten im atlantischen Entspannungsprozeß hochmotiviert außerhalb ihres »klassischen« Einflußgebietes. Der »Westen« fühlte sich herausgefordert. Durch die veränderte Lage durfte nun das sozialistische Lager unter Führung der Sowjetunion weltweite Interessen wahrnehmen und mußte Verpflichtungen eingehen. Ihr ideologisches Konzept der Weltrevolution in den verschiedenen Phasen bot für diese Mischung eine gute Grundlage und zeugte gleichzeitig von einer hohen historischen Naivität. Für Schwarzafrika bedeutete die Einschätzung Breschnews auf dem XXV. Parteitag der KPdSU, daß jede Ecke des Globus mit in ihre Außenpolitik einbezogen werden müsse, unter anderem eine massive Steigerung des Waffenhandels und des Gefährdungspotentials.

Ein weiteres Datum in der Mitte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts muß genannt werden: der 15. November 1975. An diesem Tag trafen sich auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Schmidt und des französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing im romantischen Schloß Rambouillet, nur 50 km von Paris entfernt, die Präsidenten und Regierungschefs der westlichen Industriestaaten, einschließlich der Finanz- und Außenminister. Das Treffen sollte als erste Zusammenkunft der »G-7«, der Gruppe der sieben ökonomisch potentesten Staaten der Erde, in die Geschichte eingehen und viele Folgetreffen nach sich ziehen.⁹ War der KSZE-Prozeß in gewisser Weise abgeschlossen, taten sich nun durch die zum Teil gravierenden Veränderungen in der Weltwirtschaft neuartige Verschiebungen auf.

Nach dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 wurden einige Erdölpreiserhöhungen gegenüber den Industriestaaten durchgesetzt. Weitere Rohstoffkartelle der Entwicklungsländer sollten deren Position im Welthandel stärken und bessere Preise für sie garantieren. Etliche Ökonomen meinten, einen fundamentalen Wechsel, gar eine Wende in der globalen Verteilung der Wirtschaftsmacht und der Reichtümer zu sehen. Das weckte Hoffnungen und Ängste. Die bipolare Stabilität zwischen Ost und West, mit ihrem vor allem militärischen Gerüst, wurde allmählich zweitrangig. Der Sekt von Helsinki war noch nicht ganz ausgetrunken, da begann schon die Globalisierung die Bipolarität zu verdrängen.

9 Vgl. James, Harold: Rambouillet, 15. November 1975 – Globalisierung der Wirtschaft. München 1997.

Gemäß der Theorie der »natürlichen Verbündeten« hätte der vor allem von westlichen Ökonomen und Politikern prognostizierte Bedeutungsgewinn der Entwicklungsländer auch den sozialistischen Staaten stärkeren Einfluß bringen müssen. Das betraf aber nur – in eingeschränktem Maße – die über eigene Rohstoffe verfügenden Staaten, allen voran die Sowjetunion. Die DDR erreichten die Auswirkungen des Ölpreisschocks, wenn auch durch den »Puffer« RGW verzögert, mit besonderer Wucht. Die seit 1975 stark veränderte weltwirtschaftliche Lage rückte die DDR als gerade erst anerkannten, bedeutenden europäischen Industriestaat unerwartet eng, außerplanmäßig schnell und anders als verkündet in die Nähe rohstoffarmer Entwicklungsländer. Ideologie, Politik und die von der SED geleitete Wirtschaft konnten darauf nicht angemessen reagieren. Die RGW-Staaten fanden sich nicht zu einer Allianz zusammen, sondern spalteten sich entlang ihrer unterschiedlichen Interessen allmählich auf. Die auf Determinismus geeichte Transformations- und Fortschrittsideologie der kommunistischen Parteien war ungeeignet und die Apparate unfähig, auf diese Veränderungen einzugehen.

Die osteuropäischen Staaten verschoben durch die fortgesetzte Anwendung ihres Erfolgsmusters der letzten zehn Jahre: das militärische Gleichgewicht, die bipolare Mitte an den Rand, nach Afrika. Dies ist ein gewichtiger Grund für die heute noch vorhandenen außergewöhnlich großen Entwicklungsrückstände der ehemals mit osteuropäischen Staaten herausragend befreundeten afrikanischen Länder.

War zwischen 1969 und 1976 der Waffenexport der Sowjetunion in diese Region um ca. 15 Prozent geringer als der Export westlicher Staaten, stieg er im Zeitraum 1976 bis 1979 dramatisch an und lag dann 60 Prozent über den westlichen Lieferungen.¹⁰ Der Geist der Gegenseitigkeit wurde im südlichen Afrika nicht bemüht.

Angestachelt durch die Verschiebungen im südlichen Afrika sah der Westen seine Interessen gefährdet, fürchtete um seine Rohstoffbezüge aus dieser Region und war geplagt von der Vorstellung eines revolutionären Umsturzes in Südafrika, was zur Herrschaft des ANC geführt und Namibia mit eingeschlossen hätte. Eine zum Teil dramatische Beschäftigung westlicher Beobachter mit sozialistischen oder »roten« Aktivitäten in Afrika setzte ein. Süd- und Ostafrika, einschließlich des Nahen Ostens, mit zeitweise Ägypten und Libyen stellte »die« Krisenregion der 70er Jahre dar.

¹⁰ Zahlen aufgrund von CIA-Material. Vgl.: Kühne: Die Politik der Sowjetunion in Afrika, S. 189ff. Für die Zahlen zwischen 1976 und 1979 ist zu beachten, daß 1977 das Waffenembargo der UN gegen die Republik Südafrika einsetzte und zu erheblich weniger Lieferungen westlicher Staaten in das südliche Afrika führte. Zu den CIA-Angaben vgl. Pijl, Kees van der: Vordenker der Weltpolitik. Opladen 1996, S. 344. Pijl berichtet, daß der CIA unter George Bush 1976 die James Carter-Administration drängte, Rüstungszahlen der Sowjetunion nach »oben zu korrigieren«, um vermeintliche Bomber- und Raketenlücken ausmachen zu können, mit denen wiederum Begründungen zur US-amerikanischen Aufrüstung angeführt werden könnten. Wie weit diese »Korrekturen« auch die Angaben zum Waffenexport berühren, kann nicht gesagt werden.

Der Höhepunkt der »empirischen« Beweise der Dominotheorie, die besagt, daß nach und nach einzelne Länder durch die Sowjetunion aus der amerikanischen Einflußsphäre herausgebracht werden sollten, war 1980 erreicht: Die Rote Armee marschierte zum Jahresende 1979 in Afghanistan ein und stationierte bis zu 120000 sowjetische Soldaten in diesem mittelasiatischen Land, Kambodscha wurde durch Vietnam besetzt und das mörderische Pol-Pot-Regime beendet, 17000 kubanische Soldaten waren am Horn von Afrika in Äthiopien, und die Sandinisten siegten im mittelamerikanischen Nicaragua. Im Iran wurde ein radikaler islamischer, antiamerikanischer Gottesstaat errichtet und der prowestliche Schah vertrieben. Die Steine fielen und schienen unaufhaltsam zu rollen.

Gleichzeitig zog sich Anfang der 80er Jahre der Ostblock innerlich, für die Weltöffentlichkeit noch weitgehend verborgen, wieder zurück. Die Ausdehnung in Richtung auf ein kommunistisches Weltreich endete schnell in einer Überdehnung. Schon der unerwartete Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan 1979 galt nicht primär den Expansionsbestrebungen, sondern hatte vielmehr die Sicherung der eigenen Grenzen und die Abwehr islamischer Einflüsse auf das Innere des roten Riesenreiches zum Ziel. Das Agieren der Sowjetunion in Afghanistan brachte für sie großen Mißkredit in den Ländern der »Dritten Welt« und war Anfang vom Ende der Expansion und Beginn des Rückzugs zugleich.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde 1981 Ronald Reagan zum Präsidenten gewählt, weil er Aussichten bot, die Vorherrschaft der USA wiederherstellen zu können. Die Hochrüstung erreichte ein neues Niveau. Die Welt kam in eine erneute Schiefelage. Äußerlich hielt die Sowjetunion den Status der Supermacht und ihre Bedeutung für die in ihrer Einflußsphäre liegenden Staaten und Parteien noch aufrecht. Bis zum Macht- oder besser »Ohnmachtsantritt« von Michael Gorbatschow waren es nur noch fünf Jahre.

Süd- und Ostafrika reihten sich damit in die großen Krisenherde nach dem Zweiten Weltkrieg ein. Diese Krisenherde waren gekennzeichnet von der Ausdehnung des einen großen Systems und dem Verteidigen der Einflußsphäre durch das andere System. Blockkonfrontationen übergreifende globale Störungen, wie die unzureichende Ernährung großer Bevölkerungsgruppen, die Verschmutzung der Ozeane, die Klimaveränderungen durch Industrieemissionen und Brandrodung, der Verlust der Vielfalt des pflanzlichen und tierischen Reichtums oder die sich abzeichnende Verringerung bezahlter produktiver Arbeit, wurden erst nach dem Ende des Kalten Krieges und mit zunehmender Auflösung der Blöcke als Krisenherde erkannt.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges lassen sich für jedes Jahrzehnt markante Krisenregionen ausmachen. In den 40er Jahren war dies Europa mit seiner neuen Aufteilung, der Sicherung des sowjetischen Einflusses, der Spaltung Deutschlands und der Berlinblockade. In den 50er Jahren stellte Fernost mit dem Korea-Krieg den Schwerpunkt der Auseinandersetzung dar. Indochina und der Krieg der USA in Vietnam bestimmten die 60er Jahre. Es folgte in den 70er Jahren Afrika. Die Supermächte waren »nur« indirekt beteiligt und standen sich in einiger Entfernung gegenüber. In den 80er Jahren verlagerte sich der Krisenschwerpunkt nach Nicaragua und Mittelamerika in schon abgeschwächter Form. Durch die Implosion der sowjetischen Einflußsphäre zu Beginn der 90er

Jahre kehrte der Hauptkonfliktherd nach Europa zurück. Mit dem zunehmenden Verlust des sowjetischen Einflusses Ende der 70er Jahre in Afrika setzte auch das Ende der erweiterten Wirkungsmöglichkeiten der DDR ein. Der Rückzug des sozialistischen Lagers aus dem Weltgeschehen erfolgte für einen sich als Militärblock verstehenden Verbund lautlos und trat auch auf erstaunlich schnelle Weise ein. Er reagierte mit fast zehnjähriger Verzögerung auf die realen Kräfteverhältnisse und die Entscheidungen zu Beginn des Jahrzehnts.

Das Ende des »revolutionären Bodengewinns« wurde in einem Gespräch zwischen Erich Honecker und dem Sonderbeauftragten von Leonid Iljitsch Breschnew, ZK-Sekretär Russakow, am 21. Oktober 1981 auf den Begriff gebracht. Auf die dringliche Bitte, weiterhin Rohstoffe zu liefern, antwortete die sowjetische Führung: Nein, »es ist wie vor Brest-Litowsk«. ¹¹ Der Brockhaus aus Leipzig von 1978 schreibt zur weißrussischen Grenzstadt Brest-Litowsk:

»Im Frieden von Brest-Litowsk (3.3.1918) eignete sich das imperialistische Deutschland riesige Gebiete Sowjetrußlands an, dem der Vertrag jedoch einen Zeitgewinn brachte zur Festigung der jungen Sowjetmacht. Am 13.11. 1918 annullierte Sowjetrußland den Raubfrieden.«

Für Günter Mittag, der nach diesem Gespräch auf weitere zwei Millionen Tonnen sowjetisches Erdöl und zusätzliche Getreidelieferungen – ohne dafür Devisen bezahlen zu müssen – hoffte, bedeutete der Bezug auf »Brest-Litowsk«, daß die Sowjetunion keine Ausdehnung zum Westen mehr wollte. Auch wenn es für sie außenpolitisch wichtig gewesen wäre, sie konnte es sich ökonomisch einfach nicht leisten. »Brest-Litowsk« galt nicht nur für die DDR, sondern auch für die Entwicklungsländer.

1.3 Zum Verständnis von Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik der DDR

Das Besondere der sozialistischen und kommunistischen Außenpolitik bestand nach dem theoretischen Selbstverständnis ihrer Akteure in der Verwirklichung eines übernationalen Entwurfes. Ein Lexikon des Staatsverlages definierte Außenpolitik wie folgt:

»Die Hauptaufgabe der sozialistischen A. besteht in der Sicherung der günstigen internationalen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. (...) Die sozialistische A. befindet sich in Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, ihre Ausarbeitung und Realisierung erfolgt unter steter Berücksichtigung der Entwicklung der internationalen Kräfteverhältnisse. (...) Wichtige Aufgaben der A. sind die solidarische Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen, das konsequente Auftreten gegen jede Form des Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus und die Entwicklung und Festigung solidarischer

11 Zit. nach: Staadt, Jochen: Auf höchster Stufe – Gespräche mit Erich Honecker. Berlin 1995, S. 39 (im folgenden: Staadt: Auf höchster Stufe).

Beziehungen zu den national befreiten Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika, darunter zu den Ländern mit sozialistischer Orientierung. Die DDR entwickelt freundschaftliche Beziehungen zu den nichtpaktgebundenen Staaten, die sie als natürliche Verbündete im gemeinsamen Kampf betrachtet. Sie unterstützt deren Kampf um die politische und ökonomische Unabhängigkeit und tritt für eine demokratische Umgestaltung der vom Imperialismus geprägten internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein.«¹²

Die Hauptaufgabe der sozialistischen Außenpolitik wurde unter der Führung der Sowjetunion und in Gemeinschaft mit den sozialistischen Staaten erfüllt. Die eigenen Interessen sollten dem »Gesamtziel« und der übergeordneten Aufgabe untergeordnet werden. Dies ist für die DDR in besonderem Maße nachvollziehbar, da sie ihre Existenz aus dem Bestehen der sozialistischen Staatengemeinschaft und der »Mission der Arbeiterklasse« ableitete und nur schwer auf nationale Gegebenheiten bauen konnte.

Die Vorgabe der Orientierung der eigenen Interessen an übernationalen Verpflichtungen und Werten überzog das außenpolitische Engagement der DDR für Beteiligte und Beobachter mit einem ganz eigenen Glanz. Im Selbstverständnis der SED erhoffte man sich aus der Übereinstimmung mit den Gesetzmäßigkeiten der internationalen Entwicklung Schubkräfte für den eigenen Aufschwung. Diese zeitweise fast als Naturgesetz angenommenen Kräfte sollten – stärker als in anderen sozialistischen Ländern – nationale Motive und Kräfte ersetzen. Nationale Momente konnte die DDR als deutscher Teilstaat nur sehr bedingt und nicht unproblematisch für sich aktivieren. Dieser »Nachteil« machte sie wiederum für Dritte im Vergleich mit der Bundesrepublik attraktiv. Gegenüber den Entwicklungsländern wurde dies besonders deutlich.

Was die Lexika nicht extra erwähnen, ist die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, auch und besonders in der Außenpolitik. Die führende Rolle hieß hier: die entscheidende, bestimmende und durchsetzende Funktion des Politbüros und des Sekretariates der SED sowie deren entsprechende Fachabteilungen, die über den Ministerien standen, diese anleiteten und kontrollierten. Im Paragraph 1 Absatz 2 des Statutes des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 18. Februar 1970 ist dies gesetzlich geregelt:

»Das Ministerium verwirklicht seine Aufgaben in Durchführung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und gemäß den Beschlüssen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und den Beschlüssen der Volkskammer, den Erlassen und Beschlüssen des Staatsrates, den Verordnungen und Beschlüssen des Ministerrates.«¹³

Insgesamt wurde die Außenpolitik der SED und damit der DDR mit der KPdSU und den Regierungsstellen der Sowjetunion abgestimmt. In den Beziehungen zu einzelnen afrikanischen Staaten hatte sich die SED aber einen gewissen Spielraum geschaffen.¹⁴

12 Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts. Berlin 1982, S. 64.

13 Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 23 vom 14.3.1970, S. 173.

14 Vgl. Gespräch des Verf. mit Dr. Friedel Trappell am 19.5.1999, im Anhang.

Die Außenwirtschaftspolitik – eine der Rahmenbedingungen für die Südpolitik der DDR – wurde im Lexikon folgendermaßen umschrieben:

»Die sozialistische A. [Außenwirtschaft; d. Verf.] leistet einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Hauptaufgabe in den sozialistischen Staaten, indem sie zur Versorgung der Volkswirtschaft mit den materiellen Produkten und Leistungen beiträgt, die der ständig wachsenden Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen dienen, und gleichzeitig ein wesentlicher Faktor der Intensivierung der für die Bedürfnisbefriedigung erforderlichen Produktion auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Steigerung der Arbeitsproduktivität ist.«¹⁵

Noch vor der internationalen Anerkennung der DDR erstellte das Büro des ZK-Sekretärs für Internationale Verbindungen, Hermann Axen, ein als »persönlich, streng geheim« eingestuftes Papier, das die angenommene Einheit von Außen- und Außenwirtschaftspolitik zum Ausdruck bringen sollte. Im Abschnitt »Die Aufgaben der Außenpolitik der DDR gegenüber Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika« ist zu lesen:

»Bei der Gestaltung der außenpolitischen Beziehungen wird von folgenden Grundsätzen ausgegangen:

1. der Notwendigkeit der Intensivierung des nationalen Befreiungskampfes als wichtigem Frontabschnitt im Kampf gegen den Imperialismus, um die internationalen Positionen des Imperialismus zu schwächen und das Kräfteverhältnis weiter zugunsten der Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft zu verändern;

2. der Stärkung und Entwicklung von Bündnisbeziehungen mit Staaten, die den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg beschreiten und die einer starken Konfrontation mit dem Imperialismus ausgesetzt sind;

(...)

5. der Realisierung der revolutionären Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen und der Schaffung einer engen politischen Zusammenarbeit mit den progressiven Befreiungsbewegungen und somit den künftigen regierenden Parteien;

6. der Sicherung der Gesamtinteressen der DDR;

7. der Erfüllung der besonderen Aufgabe der DDR als sozialistischer deutscher National- und Friedensstaat zur Zurückdrängung des westdeutschen Imperialismus auch außerhalb Europas, insbesondere durch ... die Herstellung weiterer diplomatischer Beziehungen zu Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas;

8. der Konzentration der Bemühungen um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Staaten, bei denen die günstigsten Voraussetzungen hierfür gegeben sind.«¹⁶

15 Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts. Berlin 1982, S. 70.

16 Analyse und Prognose des internationalen Kräfteverhältnisses und der Entwicklung der internationalen Beziehungen sowie die sich daraus ergebenden Erfordernisse für die Außenpolitik und die Außenwirtschaftspolitik der DDR bis 1980. 25.1.1970, Büro H. Axen. BAZ DY IV 2/2 035/10, S. 172f.



Anlässlich der »Internationalen Woche der Solidarität mit der äthiopischen Revolution« singen Thälmann-Pioniere »Lieder der Völkerfreundschaft« (1978).

Mit dem ersten Grundsatz wird das Grundmuster der Nachkriegsjahrzehnte, die Systemkonfrontation zwischen »Sozialismus« bzw. »Kommunismus« und »Kapitalismus« bzw. »Imperialismus« aufgenommen. Es geht um die Verbesserung des Kräfteverhältnisses zugunsten des sozialistischen Lagers. Da sozialistisches Lager und sozialer Fortschritt synonym verstanden wurden, ist die systemimmanente Logik recht eindeutig: Je mehr Sozialismus es gibt, um so mehr soziale Gerechtigkeit stellt sich ein. Und je stärker die sozialistischen Länder im Weltvergleich dastehen, desto besser geht es den Entwicklungsländern und deren Menschen. Im Umkehrschluß hieß das: Wer den Sozialismus und die ihn tragende Partei kritisiert, gefährdet den sozialen Fortschritt und steht auf der »anderen Seite«, also gegen die Menschen, die unter ungerechten Verhältnissen leiden.

Sollte mit der »Hallstein-Doktrin«, durch Ausnutzung der Beziehungen und Abhängigkeiten zur Bundesrepublik, die Ausbreitung des Einflusses der DDR verhindert werden, wurden die Entwicklungsländer nun durch die DDR für eigene Interessen instrumentalisiert. Als Grundlage dafür dienten die Imperialismus- bzw. Weltrevolutionstheorie von Lenin und der »histori-

sche Optimismus« der 70er Jahre innerhalb der kommunistischen Parteien, der mit der Erwartung schnellen sozialen Fortschritts verbunden war.¹⁷

Die Entwicklungschancen der Länder der Dritten Welt werden in der Analyse bei allen historisch-materialistischen Gesetzmäßigkeiten als »eher gering« angesehen:

»Auch bis 1980 werden die entwickelten kapitalistischen Länder den Hauptanteil am Außenhandel behalten, wobei der Anteil der sozialistischen Staatengemeinschaft – wenn auch nur langsam und konzentriert auf progressive Staaten – zunehmen wird.«¹⁸

Im Anschluß an die außenpolitischen Grundsätze folgen die außenwirtschaftlichen, wobei betont wird, daß die außenwirtschaftlichen Beziehungen wesentlicher Bestandteil der Außenpolitik der DDR sind. Im Gegensatz zur späteren Kommission Entwicklungsländer wurde es allerdings als wichtig angesehen, die Importstruktur der DDR von reinem Rohstoffimport schrittweise auf Halb- und Fertigerzeugnisse der Entwicklungsländer auszurichten. Die Entwicklungsländer sollten an der Arbeitsteilung und der damit verbundenen Wertschöpfung durchaus mit beteiligt werden. Natürlich wurde auch die Verbesserung der Devisenbilanz der DDR durch die Steigerung der Exporte gegen freikonvertierbare Währungen als durchaus legitime Aufgabe der Außenwirtschaft beschrieben.¹⁹ Die Vertretung der eigenen Interessen ist durchaus eine der Aufgaben der Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik. Die Gestaltung auswärtiger Beziehungen ist immer interessengeleitet. Wo vorschnell Interessenübereinstimmung, gar grundsätzliche Übereinstimmung postuliert wird, ist besondere Obacht geboten.

Fünf Jahre später verhandelte das Politbüro der SED wieder ein Positionspapier zur Südpolitik: Am 15. April 1975 stand die »Orientierung für die weitere Entwicklung der Beziehung der DDR zum subsaharischen Afrika« auf der Tagesordnung. Für die Führung der DDR hatte sich die Lage erheblich gewandelt. Sie selbst war international anerkannt und gefordert und das subsaharische Afrika in Bewegung. Die – wie sollte es anders sein – ebenfalls als »streng vertraulich« eingestufte Vorlage beginnt mit einem Zitat des »Politisch beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages« vom April des Vorjahres. In ihm heißt es: »Uneingeschränkte Solidarität mit dem gerechten Kampf der Völker Afrikas gegen imperialistischen Kolonialismus und Neokolonialismus sowie für nationale Befreiung, ökonomische Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt sind die Grundlagen unserer Politik.«²⁰

17 »Eine erfolgreiche Lösung der ökonomischen Probleme [der nichtkapitalistischen Entwicklungsländer; d. Verf.] setzt einen erweiterten, allseitigen Ausbau der Zusammenarbeit mit der sozialistischen Staatengemeinschaft voraus, ohne die so schwierige Entwicklungsprobleme wie z. B. die Anwendung moderner Technologien oder die Qualifizierung der Kader, nicht zu lösen sind.« Ebenda, S. 87.

18 Ebenda, S. 173f.

19 Vgl. ebenda.

20 Orientierung für die weitere Entwicklung der Beziehung der DDR zum subsaharischen Afrika. 15.4.1975, Tagesordnungspunkt 5, Einbringer: H. Axen, O. Fischer, P. Markowski. BAZ DY 30 J IV 2/2 A-1873.

Weiter wurde festgestellt: Das sich unaufhaltsam verändernde Kräfteverhältnis in der Welt schaffe eine günstige Lage für die weitere Entfaltung der nationalen Befreiungsbewegungen, die Existenz der sozialistischen Staaten hätte die imperialistischen Mächte zu Zugeständnissen bei der Gewährung von Krediten und Anleihen für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit gezwungen. Die Gefahr des »Maoismus« wird mit dem Hinweis darauf, daß sich zehn afrikanische Staatsschefs in den letzten zwei Jahren in der Volksrepublik China aufgehalten hätten, hervorgehoben.

Außerdem heißt es, die DDR stehe in erheblicher Konkurrenz zu bi- und multilateralen Hilfsangeboten westlicher Staaten und Organisationen.

Zu 29 der 36 subsaharischen Staaten hätte die DDR diplomatische Beziehungen aufgenommen, aber nur fünf Länder hätten Botschafter nach Ostberlin entsandt.

Zum Außenhandel in das gesamte Gebiet zwischen der Sahara und dem Sambia wird ausgeführt, daß er 1973 einen Umsatz von lediglich 32 Mio. Valutamark (VM) erreichte. 150 Experten weilten 1975 in verschiedensten Einsatzgebieten in sechs Ländern. Lediglich mit zehn Staaten bestanden kommerzielle Abkommen. Als zukünftige Schwerpunktländer werden erwähnt: Guinea, Guinea-Bissau, VR Kongo, VR Somalia und nach dem Erringen der Unabhängigkeit: Mosambik und Angola.

Noch in der Konzeption zur großen Reise von Außenminister Oskar Fischer vom 9. bis 21. Dezember 1976 nach Ostafrika wird darauf verwiesen, daß sich die DDR nicht in den zu besuchenden Ländern ökonomisch engagieren solle. Erwartungen und Bitten sei zurückhaltend zu begegnen, legte das Politbüro im November 1976 fest.²¹ Die Politik sollte der Ökonomie nicht davonlaufen.

1.3.1 Die Transformationslehre

Die Determinierung der Transformationslehre, d. h. des »revolutionär zwangsläufigen«, folgerichtigen Wechsels und »weltweit unumkehrbaren Übergangs« vom Kapitalismus zum Sozialismus, prägte weithin das Selbstverständnis der Außenpolitik der SED-Führung.

Bestandteil der »Transformationslehre« vom Kapitalismus zum Sozialismus war die Theorie der drei revolutionären Hauptströmungen:

1. die sozialistische Staatengemeinschaft
2. die internationale Arbeiterbewegung und
3. die nationalen Befreiungsbewegungen.

Erich Honecker schrieb in seiner 1980 erschienenen Autobiographie: »Objektiv sind die sozialistische Welt und die nationalen Befreiungsbewegungen natürliche Verbündete.«²²

21 Vgl. Reise des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Genossen O. Fischer nach Ostafrika. Konzeption für die Sitzung des Politbüros vom 23.11.1976. BAZ DY JIV 2/2 A 2020–22, Nr. 26.

22 Honecker, Erich: Aus meinem Leben. Berlin 1980, S. 402.

Diese Verbundenheit wurde bzw. sollte durch verschiedene Formen der antiimperialistischen Klassensolidarität als zweckgebundene Solidarität zum Ausdruck gebracht werden. Der Solidaritätsgedanke wurde am 10. Juli 1974 im Artikel 6 Absatz 3 in die Verfassung aufgenommen:

»Die DDR unterstützt die Staaten und Völker, die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, in ihrem Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt.«²³

Die 3. Säule der revolutionären Hauptströmungen war damit besonders begründet und verankert. Auch das staatliche Außenhandelsmonopol verfügte über Verfassungsrang.

Um die Vielfalt der Entwicklungsländer in einer einheitlichen Ordnung erfassen zu können, wurden im Laufe der Jahre verschiedene Einteilungssysteme entworfen.²⁴ Eines davon war die Einteilung in Entwicklungsländer mit kapitalistischem bzw. nichtkapitalistischem Entwicklungsweg und in Länder mit sozialistischer Orientierung²⁵ bzw. in sozialistische Entwicklungsländer. Die Regionalwissenschaften²⁶ der DDR betrieben den Ausbau dieser Theoriegebäude mit besonderer Sorgfalt, Ausdauer und Ergebnisorientierung.²⁷ Die Einteilung sollte neben der weltrevolutionären Territorialplanung eine »Orientierungshilfe« für die praktische Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik geben. Auf die praktische Politik oder deren Beratung hatten sowohl diese Theorieübungen als auch die Regionalwissenschaften nur einen geringen Einfluß. Bedeutender waren die Einflüsse der Ökonomen, wie sie vor allem durch die Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst repräsentiert wurden.

1.3.2 Zum Selbstverständnis der DDR bezüglich ihres Außenhandels mit Entwicklungsländern

Nach dem ideologischen Selbstverständnis der DDR waren die eigenen wirtschaftlichen Beziehungen mit Entwicklungsländern, im Vergleich zu dem »Klassengegner Imperialismus«, von grundsätzlich anderem Charakter.

»Die Grundprinzipien ihrer [der DDR; d. Verf.] ökonomischen Verbindungen sind die souveräne Gleichheit, völlige Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung und gegenseitiger Vorteil, verbunden mit antiimperialistischer Solidarität. Im DDR-Außenhandel erreichte der Warenaustausch mit den Entwicklungsländern das höchste Wachstumstempo. Es ist ein vorrangiges

23 Verfassung der DDR, Artikel 9 Absatz 3. Berlin 1974.

24 Vgl. Spanger/Brock: Die beiden deutschen Staaten, S. 114ff.

25 Diese Gruppe umfaßte 1980 18 Staaten, darunter Mosambik und Äthiopien. Ebenda, S. 131.

26 Bezeichnung in der DDR für die Hochschulsektionen der Afrika-, Nahost-, Asien- und Lateinamerikawissenschaften, zeitweise gehörten auch die Skandinavienwissenschaften dazu.

27 Zur Arbeitsweise der Afrika- und Orientwissenschaften in der DDR vgl. Hafez, Kai: Orientwissenschaften in der DDR – Zwischen Dogma und Anpassung, 1969–1989. Schriften des Deutschen Orientinstitutes, Hamburg 1995.

Anliegen der DDR, den Beziehungen einen komplexen Charakter zu verleihen und sie nicht auf den Warenaustausch zu beschränken. Im Gegensatz zu den Zielen des Imperialismus und der internationalen Monopole gestaltet die DDR ihre wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Beziehungen so, daß diese zur Entwicklung der Produktivkräfte beitragen. Dementsprechend fördert sie die Verarbeitung von Rohstoffen im Erzeugerland, gehen die errichteten Betriebe in das nationale Eigentum dieser Länder über und findet selbstverständlich kein Gewinntransfer statt.«²⁸

Für einige befreundete Entwicklungsländer, die Mitglied des RGW waren, wurden diese Grundsätze teilweise angewandt. So erhielt Kuba über Jahrzehnte Präferenzpreise²⁹ für bestimmte Produkte in Mark der DDR. Für Nicaragua ist 1985 einmalig ein Barkredit in Höhe von 10 Mio. US-Dollar vergeben worden. Die Summe wurde vom Konto 628 genommen. Dieses Konto führte Alexander Schalck-Golodkowski für Erich Honecker zur besonderen Verwendung bei Staatsausgaben und speiste es aus KoKo-Gewinnen und Einnahmen. Soweit bekannt, war dies der einzige Kredit der DDR, der nicht auf Verrechnungsbasis vergeben wurde.

Für die hier zu untersuchenden Länder Mosambik und Äthiopien sowie Angola wurden keine Vorzugspreise wie für Kuba angeboten oder vereinbart. Sie waren auch nicht Mitglied des RGW. Der Außenhandel legte großen Wert auf die Verrechnung der Warenströme in US-Dollar zu Preisen, die durch die Monopolhändler der DDR für ihre Waren benannt wurden. Es wurde auf höchster Ebene entschieden, gegenüber den ausgewählten und besonders befreundeten Ländern Afrikas eine von Kuba sehr abweichende Handelspolitik zu betreiben. Hohe Gewinne für die DDR-Wirtschaft aufgrund politischer Preise, meist in Form von Deviseneinsparungen, wurden angestrebt und waren die Hauptmotivation für den schnell vorangetriebenen asymmetrischen Handel. Gewinnmitnahmen waren spätestens seit der Reise von Erich Honecker im Februar 1979 ein Ziel der Wirtschaftsbeziehungen.

Diese Handelspraxis in Abweichung von der offiziellen Ideologie war kein Spezifikum der DDR. Die Führungsmacht Sowjetunion verfuhr nicht anders und setzte den Maßstab für die »politische Preisbildung«. Eine Studie zur Afrikapolitik der Sowjetunion faßt deren Handelspraxis folgendermaßen zusammen:

»... die Sowjetunion ... verkauft ... ihre Produkte nicht billiger und kauft in den Entwicklungsländern teurer ein als im Handel mit ihren imperialistischen Konkurrenten, sondern umgekehrt. Auf einen Blick kann man sehen,

28 Willerding, Klaus: Die Außenpolitik der DDR und die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. In: aala 4/1979, S. 576.

29 Für Präferenz- bzw. Vorzugspreise über dem Weltmarktpreis wies die Staatliche Plankommission der DDR für den Zeitraum 1986–1989 2 158,8 Mio. Mark und allein für den Planansatz 1989 653,8 Mio. Mark, vor allem für Kuba, aus. Die Sowjetunion zahlte den vierfachen und die kleinen RGW-Staaten den doppelten Betrag des Weltmarktpreises für Zucker an Kuba. Diese als entwicklungspolitisch wertvoll herausgestellten Preise könnten auch die Aufgabe gehabt haben, das kubanische militärische Engagement 1976 in Angola und ab 1977 in Äthiopien zu bezahlen. Vgl. Melchers, Konrad: Die sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breschnew. Berlin 1980, S. 151.



Im Hafen von Assab/Äthiopien werden Lastkraftwagen aus der DDR – ausgewiesen als Solidaritätsgeschenk – ausgeladen (1984).

daß die Sowjetunion in ihrem gesamten Außenhandel nur politische Konkurrenzpreise kennt. Dort, wo sie den Markt beherrscht und politisch diktieren kann, verkauft sie mit Sonderaufschlägen. Dort, wo sie ökonomisch und politisch einen Markt erschließen kann oder auch nur um Devisen zu bekommen, verkauft sie häufig unter den Produktionskosten.«³⁰

Die handelspolitischen Beziehungen wurden komplex aufgefaßt und als staatliche Aufgabe mittels eingeschränkt unternehmerisch tätiger, weisungsgebundener Betriebe durchgeführt. Ein Großteil des Handels mit befreundeten Entwicklungsländern wurde – unabhängig von seinen auf eigene Gewinne bzw. Nutzeffekte abzielenden Absichten – als Unterstützung gewertet und beschrieben.³¹ Die beabsichtigte begriffliche Unschärfe bei den Definitionen und Konditionen der »Südleistungen« der DDR ermöglichte ein ideologisches Überhöhen der eigentlichen Ziele.³²

30 Ebenda, S. 144.

31 Vgl. Hahn, Karla; Jacob, Eleonore: Charakter und Hauptformen der Wirtschaftsbeziehungen DDR–Entwicklungsländer. In: aala 1/1986, S. 55 ff.

32 So schreibt G. Mittag in seiner Biographie: »Zu berücksichtigen ist auch, daß in den achtziger Jahren für rund 20,5 Milliarden Mark Solidaritätsleistungen beschlossen wurden.« Mittag, Günter: Um jeden Preis. Berlin 1991, S. 241. Die OECD berechnete für 1980 72 Mio. US-\$. Vgl. OECD-Bericht. Paris 1981, S. 121–124.

Hinsichtlich der deutlichen Zunahme des Handels schreibt das Standardwerk der DDR – aus der Kadenschmiede der DDR-Außenhändler, der Ökonomie-Hochschule Berlin-Karlsdorf »Bruno Leuschner«, welche über ein spezielles Institut für die »Ökonomik der Entwicklungsländer« verfügte – zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den europäischen RGW-Ländern:

»Wichtiger noch als die quantitative Entwicklung ist jedoch die Frage nach dem Inhalt der neu entstandenen Beziehungen. Es entwickelten sich internationalen Wirtschaftsbezüge, die auf Gleichberechtigung, Achtung der Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten basieren und auf die Stärkung der ökonomischen Unabhängigkeit der Entwicklungsländer gerichtet sind. (...) Im Unterschied zur Praxis der internationalen Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind von seiten der sozialistischen Länder die Beherrschung wirtschaftlicher Schlüsselpositionen in Entwicklungsländern durch Kapitalexport ausgeschlossen, ebenso die Ausbeutung durch Profittransfer, Transferpreise, Brain drain, die Ausnutzung wirtschaftlicher Macht für politische Erpressung und anderes mehr. Vielmehr bieten die sozialistischen Länder den Entwicklungsländern alle Vorzüge eines Wirtschaftssystems mit dynamischer und von zyklischen Schwankungen freier Entwicklung. (...) Das zentrale Planungssystem und das Außenhandelsmonopol in den RGW-Staaten stellen die notwendige Voraussetzung dar, um der internationalen Arbeitsteilung mit den Entwicklungsländern auf der Grundlage zwischenstaatlicher Abkommen die erwähnte Langfristigkeit und Stabilität zu verleihen.«³³

Bei der Betrachtung der Außenhandelsbeziehungen der DDR mit Entwicklungsländern muß berücksichtigt werden, daß der Außenhandel ein »ganz besonderes Tabuthema« war.³⁴ Die »langlebige Kraft« des Tabus speiste sich aus der Größe der Widersprüche zwischen den solidarischen Reden nach außen und den angewandten Methoden sowie beabsichtigten Zielstellungen bei der »inneren« Gestaltung der Beziehungen zu diesen Ländern.

33 Klein, Ingo: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Entwicklungsländern und europäischen RGW-Ländern. In: Autorenkollektiv (Leitung: Stier, Peter): Handbuch Entwicklungsländer. Sozialökonomische Prozesse, Fakten und Strategien. Berlin 1987, S. 34f. (im folgenden: Autorenkollektiv (Leitung: Stier, Peter): Handbuch Entwicklungsländer.

34 Vgl. Lippe, Peter van der: Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED. Frankfurt/M. 1995, S. 1973–2086. Als Gründe dafür gibt er an: 1. Interessengegensätze innerhalb des RGW; 2. die Abwicklung eines großen Teiles des Außenhandels außerhalb des Planes durch den Bereich KoKo des Ministeriums für Außenhandel; 3. daß die »Propaganda gegen den Westen, insbesondere gegenüber der BRD unglaubwürdig geworden wäre, wenn erkennbar gewesen wäre, daß die Kreditgabebereitschaft des Westens das Regime ökonomisch eher unterstützt als geschädigt hat.« S. 1995.

1.4 Zur entwicklungspolitischen Einordnung der Afrikapolitik der DDR

Daß Entwicklungspolitik bzw. Entwicklungshilfepolitik auch ein Phänomen der Ost-West-Auseinandersetzung ist, zeigt sich nicht nur an der »Hallstein-Doktrin« oder der Bedeutung von Vorhutparteien in Entwicklungsländern für die SED. Es zeigt sich auch an Definitionen. Das »Kleine Politische Wörterbuch«³⁵ versteht unter »sozialistischer Hilfe« im Gegensatz zur »bürgerlichen Entwicklungshilfe« die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten mit Entwicklungsländern, die Unterstützung in ihrem Kampf um Unabhängigkeit sowie in ihrer ökonomischen und sozialen Entwicklung. Sie beansprucht »echte Hilfe« zu sein und die »wirklichen Interessen« der Entwicklungsländer zu vertreten. Die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den westlichen Industrieländern sollte durch die »sozialistische Hilfe« überwunden werden. Dies drückt sich in konsequenter Weise in der Forderung nach einer Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung aus.

Der Außenhandel wurde folglich mit zur »sozialistischen Hilfe gerechnet«³⁶.

»Entwicklungshilfe« wird verstanden als »nichtmarxistischer Begriff für Formen des Exports staatlichen Kapitals aus vornehmlich imperialistischen Ländern in die Entwicklungsländer zur Sicherung der Rahmenbedingungen neokolonialer Ausbeutung«³⁷.

Die DDR sah die Hauptursachen für die anhaltende Unterentwicklung in der kolonialen Ausbeutung und in den Austauschverhältnissen des Weltmarktes, die weitgehend ohne ihr Zutun stattfanden. »Deshalb lehnt die DDR solche Thesen ab, in denen von einer gemeinsamen Verantwortung aller Staaten für die entstandene prekäre ökonomische Lage, insbesondere der Entwicklungsländer, die Rede ist.«³⁸ In dem Konzept einer »Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung« (NIWO)³⁹ auf internationaler Ebene fanden sich wichtige Interessen der Entwicklungsländer und der sozialistischen Staaten scheinbar gleichermaßen wieder. Beide sahen die Forderungen nach Zahlung öffentlicher Entwicklungshilfe als Kompensation für die Verluste aus vergangener und gegenwärtiger Ausbeutung an. Gemäß dem Selbstverständnis der politischen Führung der DDR war die Praxis der DDR prinzipiell frei von »unbe-

35 Kleines politisches Wörterbuch. Berlin 1986, S. 1007.

36 Ebenda, S. 1071.

37 Autorenkollektiv (Leitung: Stier, Peter): Handbuch Entwicklungsländer, S. 198.

38 Aus: Rede des Außenministers der DDR, H. Sölle, vor der V. UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) am 14.5.1979 in Manila. Zit. nach: Horizont 23/1979, S. 2.

39 Die Deklaration und das Arbeitsprogramm zur NIWO wurden im Mai 1974 von der UN-Generalversammlung gebilligt. Es forderte vor allem eine Umgestaltung des internationalen Finanzsystems, u. a. eine Kopplung der Rohstoffpreise an die Preise der von Entwicklungsländern importierten Fertigwaren.

rechtigten« Gewinnmitnahmen. Stellten sich doch Bedenken ein, wurden diese mit der Begründung, es wären nur geringe Beträge gewesen, und mit dem Verweis auf die geleistete, vermeintlich solidarische Hilfe verdrängt und niedergeschlagen.

Eine Anerkennung der Unterentwicklung als globales Problem und als Herausforderung, auch für die östlichen Industriestaaten, erfolgte nicht. Die Lösung dieser Frage sah man eingebettet in den »Automatismus« des historischen Entwicklungsprozesses: Vorausgesetzt, der Imperialismus kann bekämpft und zurückgedrängt werden – was den Sieg des Sozialismus bedeutet hätte, denn es gab kein anderes nachfolgendes System –, käme es konsequenterweise zu einer positiven Entwicklung der weltweiten sozialen Verhältnisse. Die Sicherung der sozialen und politischen Grundbedürfnisse in den progressiven Nationalstaaten war nach diesem Verständnis grundsätzlich darin eingeschlossen.

Konzepte zur Grundbedürfnisabsicherung der Bevölkerung in Entwicklungsländern, Partizipationsansätze der Bewohner im ländlichen Raum, Ressourcenschutz, Ernährungssicherung, die über Katastrophenhilfe oder die Versorgung von Militärangehörigen hinausging, oder Gemeinwesenarbeit wurden nach den Unterlagen der »Kommission Entwicklungsländer« und dem Politbüro bzw. deren Durchführungsorganisationen, wie dem Solidaritätskomitee der DDR, weder erwogen noch diskutiert, geschweige denn umgesetzt. Die federführende und planende Kompetenz war nach den Entscheidungen der Parteiführung fest bei den Außenhändlern verankert. Dem war nur schwer zu entkommen. Für Maßnahmen und Einsätze der Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit (WTZ)⁴⁰ und der Kulturell-Wissenschaftlichen Zusammenarbeit (KWZ)⁴¹ hat es seit 1975 hauptsächlich ökonomische Zielstellungen gegeben. Schon zwei Jahre vor der ersten akuten Finanzkrise, noch in ruhigeren Wassern und auf dem Höhepunkt der internationalen Anerkennungswelle der DDR, behandelt das schon erwähnte außenpolitische Orientierungskonzept für das subsaharische Afrika die WTZ- und KWZ-Einsätze. Demnach dienen die KWZ-Einsätze der Unterstützung bei der Lösung außenpolitischer Aufgaben sowie der Förderung einer für die DDR vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Vergleichbares wird zur WTZ gesagt. Das aus dem Außenministerium und der ZK-Abteilung für Internationale Verbindungen stammende Papier argumentiert fast durchgängig entlang der ökonomischen Interessen der DDR.

Die große Zahl der Spezialisten und Experten, wie die Fachkräfte im DDR-Sprachgebrauch genannt wurden, reiste durch Außenhandelsbetriebe, wie zum Beispiel »Limex« oder »intercoop«, aus. Damit waren sie direkt oder indirekt in die »Linie« Außenhandel eingebunden. Viele WTZ- und KWZ-Abkommen wurden durch das Ministerium für Außenhandel vorbereitet und abgeschlossen. Günter Mittag unterzeichnete eine Vielzahl von ihnen persönlich.

40 Personaleinsätze vor allem bei industriellen und landwirtschaftlichen Vorhaben.

41 Personaleinsätze vorrangig im Bildungsbereich und deutlich geringer auf medizinischem Gebiet.

Durch Berichtspflicht vor der Kommission für Entwicklungsländer und die sich daraus ergebende Weisungsbindung waren weitere Institutionen der »Südkooperation« dieser Hierarchie unterstellt: so der Sportbund, der FDJ-Zentralrat, der Einsätze in Entwicklungsländern mit den »Brigaden der Freundschaft« im Auftrag des Politbüros durchführte, und das Solidaritätskomitee. Fragen nach dem Nutzen der Projekte für das jeweilige Entwicklungsland sowie die Kontrolle anvisierter Ziele, vergleichbar einer entwicklungspolitischen Teil- oder Gesamtrechnung bzw. Evaluierung, wurden in der Kommission Entwicklungsländer und – soweit einsehbar – auch in anderen Organen nicht verfolgt. Ausschlaggebend war das Planziel bzw. die Umsetzung der angeordneten Maßnahmen. Bezüglich einer außenpolitischen Diskussion wurde auf ökonomischem Terrain weitgehend auf den Kampf um die Lebensfähigkeit der DDR und auf ideologischem Feld auf die Einbettung in den Kampf gegen den Imperialismus verwiesen.

Der Charakter der Südpolitik der DDR-Führung, auf der einen Seite Devisenbeschaffung, auf der anderen Seite internationale Solidarität, kommt auch in dem besonderen Umgang mit den Informationen zur Südpolitik zum Ausdruck. Jährlich hat das Politbüro über die statistischen Zahlen zur »solidarischen Unterstützung« und ihre Verwendung in der Öffentlichkeit beraten. Man war sich der Gefährdung des internationalen Ansehens der DDR bei Bekanntwerden der widersprüchlichen Zahlen bewußt und fürchtete den Vorwurf einer doppelzüngigen Politik. Offiziell wurde die Nichtbekanntgabe der Daten mit grundlegenden qualitativen Unterschieden zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Entwicklungshilfe begründet.⁴² Ab 1983 wurden Statistiken veröffentlicht.

Noch heute sind die vorliegenden Informationen und Materialien zur Entwicklungspolitik bzw. Südpolitik der DDR lückenhaft. Eine der Ursachen ist die Vermischung von Entwicklungshilfe und kommerziellem Außenhandel. Hinzu kommt die jahrelang betriebene Geheimhaltung der ökonomischen Größen und ihre nur bedingte Vergleichbarkeit mit anderen internationalen Angaben.⁴³

Die Führung der DDR verstand ihre Afrikapolitik als Sonderfall der Beziehungen zu Ländern und Völkern der Dritten Welt. Dabei befand sie sich in einer beständigen Spannung zwischen ideologischen und sozialen Wunschbildern, historisch empfundenem Auftrag, politischer Praxis und ökonomischen Absichten bzw. Notwendigkeiten. Diese Spannung sollte durch die Geschlossenheit des Kreises der Akteure und durch Verdunklung verdeckt beziehungsweise gemindert werden. Im Folgenden wird versucht, wesentliche Strukturen des Engagements der DDR in Afrika ab 1975 nachzuzeichnen und ihre Wirkungsweisen am Beispiel von Äthiopien und Mosambik zu erläutern.

42 Vgl. Hess, Peter: Soziale Marktwirtschaft – morbide Herrschaftskonzeption des Monopolkapitals. In: Einheit 3/1977, S. 975.

43 Vgl. Stier, Peter: Gedanken zu einer europäischen Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. In: Entwicklungspolitische Gesellschaft e. V. (Hrsg.): Osteuropas Entwicklungspolitik und Zusammenarbeit – Was bleibt? Berlin 1992, S. 29.